

## **Positionspapier des FAMAB e.V. zur geplanten Erhöhung des Mindestlohns.**

**Der FAMAB Kommunikationsverband e.V. fordert konsequentere Kontrollen zur Einhaltung des Mindestlohns sowie praxisnahe Lösungen zur Ausbildung von Nachwuchsfachkräften.**

**Die Mitglieder des FAMAB sehen die Erhöhung des Mindestlohns unkritisch. Allerdings fordern sie die Einführung konsequenterer Kontrollen zur Einhaltung des Mindestlohns. Wettbewerbsnachteile dürfen weder durch einen laxen Umgang der Einhaltung des Mindestlohns bei ausländischen Mitbewerbern noch durch einen Mangel an Nachwuchskräften entstehen, wie eine aktuelle Blitzumfrage zur Erhöhung des Mindestlohns ergab.**

Der FAMAB repräsentiert als Deutschlands größter Kommunikationsverband für integrierte Markenerlebnisse (Messebau, Live-Kommunikation, Design & Architektur, Catering und Leistungspartner) 250 Mitgliedsunternehmen mit über 10.000 Beschäftigten – mehrheitlich inhabergeführte Unternehmen sowie global agierende Konzerne. Seine Mitglieder konzeptionieren, planen und realisieren im Auftrag ihrer Kunden weltweit Messen, Events und andere Kommunikationsmaßnahmen nach höchsten Qualitätsmaßstäben.

### **Erhöhung des Mindestlohns unkritisch**

Die Mitglieder des FAMAB sehen die aktuell diskutierte Erhöhung des Mindestlohns unkritisch. Der Verband befürwortete seiner Zeit bereits die Einführung des Mindestlohngesetzes. Auch aktuell befürworten die Mitglieder des Verbands die geplante Anpassung auf 9,19 EURO brutto ab dem 01.01.2019 und auf 9,35 EURO brutto ab dem 01.01.2020 je Zeitstunde. In seiner Höhe wird der Mindestlohn als realistisch angesehen, obwohl dieser derzeit nicht an die Kunden weiterberechnet werden kann. Mittelfristig wird eine Anhebung auf 9,50 EURO als umsetzbar angesehen. 64 von 72 Teilnehmern der FAMAB-Blitzumfrage haben sogar angegeben, dass eine Erhöhung auf EURO 9,99 realistisch sei.

### **O-Töne unserer Mitglieder hierzu:**

*„Ich bin Befürworter eines erhöhten Mindestlohns, aber unter vereinfachter Verwaltung und spürbarer Kontrolle auf Messeplätzen. Warum betreiben wir den großen administrativen Aufwand, der uns bares Geld kostet, hingegen ausländische Anbieter weiterhin mit Niedriglöhnen in unserem Land operieren und uns nicht nur das Geschäft wegnehmen, sondern auch noch das Preisniveau zerstören.“*

*„Die Höhe des Mindestlohns ist in Ordnung. Die entscheidende Frage ist, ob sie auf Praktikanten umzulegen ist. Praktikum ist ein Teil der Ausbildung.“*

### **Forderung nach konsequenten Kontrollen.**

Der FAMAB fordert konsequente und engmaschigere Ausübung der Kontrolle über die Einhaltung des MiLoG, insbesondere im Bereich Messe. Wie in kaum eine andere Branche, stehen die vom FAMAB vertretenen Bereiche Messebau, Event und angrenzende Dienstleistungen im internationalen Wettbewerb. Dies hat sich seit der Einführung des Mindestlohns weiter verschärft. Zwar regelt das MiLoG, dass die dort festgelegten Werte und Vorschriften auch für ausländische Unternehmen gelten, die Leistungen auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland erbringen, doch die Praxis zeigt immer noch deutlich, dass kaum Überprüfungen dieser Standards durchgeführt werden. Dies führt neben der unfairen Bezahlung von Mitarbeitern zu unrechtmäßigen Vorteilen von Wettbewerbern, insbesondere aus Billiglohnländern.

### **O-Töne unserer Mitglieder hierzu:**

*„Des Weiteren fordern wir, dass ausländische Unternehmen, die in Deutschland arbeiten, den gleichen Mindestlohn zahlen sollten.“*

*„Wir fordern daher auch, dass diesbezüglich die Kontrollen während der Montagezeiten auf den Messen strenger und öfter durchgeführt werden. Dies schützt alle Unternehmen, die faire Löhne zahlen.“*

*„Macht nur Sinn, wenn auch die Einhaltung kontrolliert wird und dadurch Billiganbietern der Marktzugang erschwert wird.“*

*„Der Staat sollte dies wesentlich stärker auf Messen kontrollieren.“*

*„Ich wünsche mir mehr Zollkontrollen auf Messen, um Billiglohnlandkonkurrenz in die Schranken zu weisen, die sich nicht daran halten.“*

Seit der Einführung des MiLoG hat sich die Einschätzung unserer Mitglieder, dass das MiLoG in der heute praktizierten Form zu Wettbewerbsnachteilen heimischer Unternehmen gegenüber ausländischen Wettbewerbern aus Billiglohnländern führt, welche wir mit unserem Positionspapier von März 2015 bereits geäußert hatten, bestätigt. Der FAMAB fordert daher nochmals den schnellen und deutlichen Ausbau der Überprüfungen vor Ort sowie konsequente Sanktionen bei Verstößen.

### **Praxisnahe Lösungen für Praktikumsplätze.**

Die Einführung des MiLoG hat in erheblichem Maße Praktikumsplätze vernichtet. Für Arbeitgeber ist es deutlich schwieriger bzw. unmöglich geworden, Praktikanten zu beschäftigen. Die 3-Monats-Regelung führt bei Arbeitgebern sowie Praktikanten zu erheblichen Nachteilen. Praktikumsstellen können nur noch für kurze Zeit besetzt werden. Der Aufwand der Einarbeitung ist für viele Unternehmen nicht mehr leistbar, bzw. nicht sinnvoll. Praktikanten erhalten keine ausreichende Arbeitserfahrung mehr, die aber für die erfolgreiche Arbeitssuche erforderlich ist. Außerdem ist ein Praktikum ein Teil einer Ausbildung, was auch dadurch belegt ist, dass in manchen Ausbildungsgängen ein fachspezifisches Praktikum an die Ausbildungszeit angerechnet werden kann. 39 (62,9%) von 62 Unternehmen verzeichnen starke Auswirkungen auf Praktikumsstellen. 21 (32,8%) von 64 befragten Teilnehmern haben seit der Einführung des MiLoG die Praktikumsstellen reduziert. Bei 21 teilnehmenden Unternehmen wurden insgesamt 103 Praktikumsplätze gestrichen. Das ergibt einen Durchschnitt von 5,5 Praktikumsstellen pro Unternehmen.

### **O-Töne unserer Mitglieder hierzu:**

*„Im Bereich der gewerblichen und kaufmännischen Mitarbeiter ist das meines Erachtens kein Problem. Nur das tausende von Studenten und Schüler keine freiwilligen Praktika mehr machen können, die länger als drei Monate dauern, ist mehr als schade für diese Personengruppe. Als Unternehmen sind wir nicht auf Praktika angewiesen. Die Auswirkungen werden wir erst in Jahren sehen.“*

*„Es ist schade, dass wir jungen Leuten kein Praktikum mehr anbieten können zwecks Berufsorientierung.“*

Zudem kommt, dass häufige Wechsel der Praktikantenstellen negative Auswirkungen auf eine erfolgreiche Arbeits- bzw. Ausbildungsplatzsuche haben können. Praktikanten erhalten oft keine Praktikumsstellen, da die Auswahl der Praktikumsplätze zurückgegangen ist. So haben junge Menschen nicht mehr die Möglichkeit, sich beruflich zu orientieren.

Eine Praktikumszeit von nur drei Monaten erscheint den FAMAB-Mitgliedern für eine berufliche Orientierung zu gering. Darüber hinaus ist nicht nachvollziehbar, warum bei der Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen eine Regelung von 6 Monaten gilt, während die Praktikanten auf 3 Monate begrenzt sind. Der FAMAB fordert daher die Ausweitung der Ausnahmeregelung für Praktikanten.

Das MiLoG hat bereits dazu geführt, dass zahlreiche Unternehmen ihre Praktikumsplätze stark reduziert haben oder gänzlich streichen mussten. Der FAMAB ist weiterhin der Auffassung, dass dies keine geeignete Politik für Nachwuchs- und Fachkräfteförderung ist.

### **Dokumentationspflicht**

Ein weiterer Punkt, den der FAMAB im Positionspapier von März 2015 erwähnt hat, ist die Entlastung der Arbeitgeber durch die Einschränkung der Dokumentationspflichten. So genannte „kritische“ Branchen unterliegen einer erheblichen Dokumentationspflicht. Wie die Erfahrung seit Einführung des Mindestlohns aber gezeigt hat, wird unsere Branche offensichtlich „unkritischer“ betrachtet als erwartet, sieht man sich die Kontrollen bzgl. der Einhaltung des Mindestlohns einmal genauer an. Lediglich 0,24% der Kontrollen von 16.681 kontrollierten Unternehmen entfielen auf den Bereich Messebau. Und in der Tat belastet die Dokumentationspflicht unsere Branche und führt so zu weiteren Wettbewerbsnachteilen. 30 der befragten Unternehmen gaben eine Erhöhung des administrativen Aufwands im Durchschnitt um 10% an. Der Spitzenwert lag bei 50% Erhöhung des administrativen Aufwands.

### **FAZIT:**

Der FAMAB Kommunikationsverband e.V. sieht die Erhöhung des Mindestlohns unkritisch. Die Einhaltung des MiLoG darf jedoch nicht zu Wettbewerbsnachteilen gegenüber Wettbewerbern aus Billiglohnländern führen. Daher fordert der FAMAB regelmäßige Kontrollen auf den Messeplätzen. Ebenso fordert der FAMAB einen flexiblen Umgang mit dem MiLoG, wenn es um berufsorientierte Praktika geht. Das MiLoG darf nicht zum Sterben von Praktikumsplätzen führen, was sich zum Nachteil für Berufseinsteiger auswirkt. Die Einteilung der Branche als „kritisch“ und daher stärker von der Dokumentationspflicht betroffen, sollte grundlegend überdacht werden. Wie die Praxis seit Einführung des MiLoG gezeigt hat, sorgt die Dokumentationspflicht nicht für die Einhaltung des Mindestlohns und schützt nicht vor „Billiglöhnern“ aus dem Ausland, wenn keine regelmäßigen Kontrollen stattfinden.



Jörn Huber  
Vorstandsvorsitzender des FAMAB e.V.



Jan Kalbfleisch  
Geschäftsführer des FAMAB e.V.